

Armut bekämpfen heisst nicht, noch mehr Armut zu schaffen

Milna Nicolay

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hat die Richtlinien zur Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe revidiert. Die Kantone sind nicht verpflichtet, diese Richtlinien zu übernehmen respektive können ohne weiteres davon abweichen. In Zürich weht inzwischen ein scharfer Wind.

Neu wird die materielle Absicherung im Falle drohender Armut systematisch an die Bedingung geknüpft, dass dafür von Seiten der Sozialleistungsbeziehenden - wo immer möglich - Gegenleistungen erbracht, also irgendwie definierte Arbeiten verrichtet werden müssen. Ein Fortschritt? Nein, ein Rückschritt ins 19. Jahrhundert. Dort hiess es Armenfürsorge und es herrschte Arbeitspflicht für Arme. Bedürftige konnten nach Lust und Laune in Arbeitseinsätzen ausgebeutet werden und wessen Nase einem nicht passte, konnte wegweisen werden. Also Rayonverbot. Oder noch verkürzter, seit die Sklaverei abgeschafft ist, wird es immer schwieriger Profite zu machen. Nicht alle Arbeiten können im Zuge der Globalisierung nach China oder anderen Billiglohnländern ausgelagert werden.

Wer nicht gehorcht/funktioniert erhält eine minimale Unterstützung und darf sich auf Schikanen aller Art gefasst machen. Da nützen all die schönen neuen Wortkreationen wie „Workfare“ zur Vertuschung nichts. Gross getrötet wird folgendes: Es sei eine Hilfe für diejenigen die in der Spirale Armut, Arbeitslosigkeit, Sozialamt/IV feststecken. Denen solle geholfen werden sich wieder einzugliedern, zu einem funktionierenden - sprich produzierenden, Mehrwert erbringenden - Glied der Gesellschaft zu werden. Das ist aber nett von den Sozialhilfeorganisationen und ihren ausführenden BeamtenInnen.

Was diese Umstellungen positives bringen sollen ist mir überhaupt nicht klar. Mit Bildern „glücklicher Eingegliedertes“ in speziellen Betrieben (z.B. 1000-Franken-Jobs, Teillohnjobs) soll die Befriedigung vor Augen geführt werden, während 30 bis 40 Wochenstunden einer meist geisttötenden Arbeit nachgehen zu dürfen. Dafür gibt es Ende Monat einen Lohn unter dem Existenzminimum und die Differenz zum Existenzminimum wird von einem glücklichen Sozialamt aufgestockt. Statt SozialhilfebezügerIn ein glorioser Aufstieg in die Klasse der Working poor. Da hab ich wohl etwas nicht begriffen. Mir scheint das nämlich eine neue Art der legalen Ausbeutung. Der Preis der Arbeit wird niedrig gehalten. Damit steigen die Profite. Da aber alles mit

„Sozial“ übertüncht ist, stört sich niemand daran. Putzen, Teile montieren, Gastronomiejobs, Fliessbandarbeiten, Pflegeheim und weiss der Geier, was da noch aus findigen hochbezahlten Marketing-Köpfen entspringt. Es fliessen Gelder, aber nicht in die Taschen der Werk tätigen. Dafür arbeiten sie im Bewusstsein eines Nicht-Parasitären Daseins innerhalb der Wohlstandsgesellschaft. Sie werden eventuell sogar betreut, sicher aber kontrolliert und bewertet. Das Gefälle zwischen den Guten und den Angefaulten wird dann offensichtlich. Die Guten sind diejenigen die Arbeit ausserhalb der „geschützten Betriebe“ haben, respektive in solchen Betrieben in Cheffunktion tätig sind. Die andern sind dann diejenigen die angeleitet werden müssen. Also (ehemalige) Sozialfälle, Scheininvaliden, etc.

Das ist clever, denn es lenkt davon ab, dass in dieser Gesellschaft ganz andere faule Eier massiv stinken. Denn was ist normal und integriert? Für mich sind Abzocker in den Chefetagen die grössten Asozialen. Da wird suggeriert, nur wer einer Lohnarbeit nachgehe, sei ein glücklicher Mensch und nützlich für die Gesellschaft. Welcher Gesellschaft aber, wird nicht hinterfragt. Könnte es nicht sein, dass diese absolute Fixierung auf Geld, Leistung und Besitz krank macht? Krank ist nicht derjenige der verweigert, sondern derjenige der dies umsetzt. Aber gut, dass ist eine philosophische oder so Frage.

Zurück zur realen Situation von SozialhilfebezügerInnen. Das Existenzminimum wurde für eine Einzelperson von 1110 auf 960 Franken gesenkt. Denn davon können „wirklich“ Arme gut leben - wird von offizieller Seite her behauptet. Äh, jetzt dachte ich Sozialhilfe die ne der Armutsbekämpfung und nicht der Armutproduktion. Ach ja, genau. Wer möglichst wenig Geld vom Staat bekommt, wird motiviert sich auf eine Erwerbstätigkeit einzulassen. Man lebt sonst zu gut von der Sozialhilfe und das könnte diejenigen Leute - den Working poor - die von ihrem Monatslohn nicht leben können, auf den dummen Gedanken bringen, dass sich Erwerbsarbeit nicht in jedem Fall lohnt. Also müssen die Armen noch ärmer gemacht werden, damit die anderen Armen nicht mehr ganz so arm sind. Also nicht Armutsbekämpfung, sondern Abschreckung?

Persönlich finde ich das eine ziemlich verdrehte Ansicht. Es geht wohl den wenigsten Menschen darum nicht arbeiten zu wollen. Es stellt sich eher die Frage: Was und Wozu. Aber damit diese Fragen nicht allzulaut diskutiert werden, respektive in die Ecke der Linken und Radikalen verbannt werden können, müssen alle, die finanzielle Hilfe beziehen, als negativ dargestellt werden. Oft ist es aber so, dass wer nicht arbeiten will, meist auch nicht in der Lage dazu ist. Ganz konkret: Jemand der in seiner Lebenssituation überlastet ist, wird die Energie, ausserhalb einer Arbeit nachzugehen, niemals aufbringen. Aber das sind dann die Schmarotzer, die Scheininvaliden. Es täte dieser Gesellschaft, also den Leistungsfähigen und den nicht mehr Leistungsfähigen ganz gut mal ehrlich zu sein und anzuerkennen, dass es Menschen gibt, die aus Gründen die in ihrer Biografie und möglicherweise ihrer Genetik zu finden sind, nicht mehr so können wie es gefordert ist. Aber auch sie haben das Recht darauf respektiert zu werden. Was ist falsch daran, dass sich jemand mit, z.B. Depressionen, wünscht, auch weiterhin am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, anstatt mit Büsserhemd und gesenkten Haupt in einer Ecke zu stehen? Oder eine Frau, alleinerziehend, drei Kinder, psychisch und physisch am Anschlag. Die soll also zusätzlich ausserhalb Geld verdienen gehen, weil ihre Sozialhilfe derart zusammengestrichen wurde, dass sie MUSS? Und wenn das überhaupt nicht mehr geht, dann bekommt sie halt den Brosamen von 200 Fränkli. Ein bitterer Zustand. Ist Kinder grossziehen, einen Haushalt zu führen also doch nichts wert?

Ich kenne eine Frau, Mitte vierzig, geschieden. Die wurde während ihrer Ehe derart kaputt gemacht, dass sie jetzt nur noch ein unselbständiges Bündel Elend ist. Sie bekommt eine halbe IV, der Rest ist Sozialhilfe und sie arbeitet in einem dieser Billiglohnprojekte. Für 1.50/Stunde verpackt sie Werbung. Diese Werbung die ungelesen im Altpapier landet.

Von den niedrigeren Sozialhilfeleistungen und den damit gekoppelten Arbeitsanreizen profitieren nicht die Armutsbetroffenen Menschen. Die geraten noch mehr unter Druck. Und ich stelle mir nur schon den Stress mit den Behörden und ihren SachbearbeiterInnen vor. Je-



der erwirtschaftete Franken muss ausgewiesen werden. Dann wird gerechnet, abgezogen, dazugezählt, Prozente hier, Gutschrift da. Eine Heidenbürokratie die alle überfordern wird.

Dann die Debatten, wer kann welche Leistung erbringen. Auf dem Papier steht etwas, SachbearbeiterInnen interpretieren, sind meist selber unter Druck einzusparen und Gewinne auszuweisen und das menschliche Gegenüber wird zur sperrigen Last, die nicht so will wie die Vorgaben es wollen. Dann wird halt zur Gefügigmachung Geld gekürzt (z. B. auf 800 Franken im Monat) und das Leid des Einzelnen spielt sich in dessen Inneren ab. Einem Inneren, das bereits gebrochen ist, durch mannigfach vermitteltem „Du hast versagt“. Jetzt überlebt nur noch wer wirklich hartnäckig ist. Der Kampf mit den Institutionen muss aufgenommen werden. In der Schweiz gibt es angeblich keine Obdachlosigkeit, auch verhungern muss niemand. Somit muss das Sozialamt sich wieder darum kümmern. Warum also zuerst Menschen denen es bereits beschissen geht noch mehr kaputt machen, um ihnen dann doch wieder genug zum Überleben zu geben?

Es geht darum die Menschen arbeitsfähig zu drillen. Funktionieren heisst die Devise. Wer also pariert wird unterstützt, wer nicht mehr nützlich ist hat keine Berechtigung mehr auf eine anständige Existenz?

Aber wie und wer bestimmt wieweit ein Mensch noch arbeitsfähig ist? Das würde mich interessieren. Es scheint mir nämlich ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. Ich kenne etliche Menschen, denen niemand ansieht, dass sie sich höchstens während einer Stunde konzentrieren können. Menschen die sehr schnell erschöpft sind und viel Ruhe brauchen. Menschen die es nicht schaffen frühmorgens aufzustehen. Menschen die Schmerzen und Fieberanfälle haben. Das sind Krankheiten und Leiden die sich weder mit Medikamenten unterdrücken noch wegzwingen, aber auch nicht lokalisieren lassen. Ein Sachbearbeiter kann das einem Menschen nicht ansehen und somit locker bestimmen: Diese Person will nicht, ist renitent und muss bestraft werden. Ich kenne Menschen die können für sich zuhause, gemäss ihrem eigenen Tempo arbeiten, die könnten aber niemals regelmässig Ausserhaus einer Arbeit nachgehen. Das hat nichts mit Schmarotzertum zu tun. Das sind Zusammenspiele zwischen Hormonen - also Körper - und Biografie - also Lebensumstände. Es gibt auch viele IndividualistInnen die sich nicht in ein Schema pressen lassen können. Viele davon sind sehr kreative Menschen, können aber nicht nach der handelsüblichen Norm Leistung erbringen. Es gibt Menschen die sind tagsüber nicht leistungsfähig, nachts aber aktiv. Das sind keine Partygänger, sondern ihr Körper zwingt sie so zu leben. Also medizinisch, psychisch und sozial. Und nicht Renitenz, Schmarotzertum und Faulheit.

Eine himmeltraurige Gesellschaft sind wir, wenn wir nicht mal in der Lage sind sogenannte Schwächere, nicht normiert funktionie-

rende als gleichberechtigten Teil zu akzeptieren und Lebensumstände zu schaffen, die einen würdigen Alltag für alle anbieten. Ein guter Armer ist derjenige, der einer zugewiesenen Arbeit nachgeht, ein schlechter Armer ist einer der sich nicht ins Schema zwingen lässt. Und das wird erst noch ganz offiziell, behördlich festgestellt. Und was soll das nützen? Dass ein derart abqualifizierter Mensch geläutert und im Sinne der Sozialhilferichtlinien produktiv wird?

Oder verkürzt gesagt: Gute Arme haben das Recht in dieser Gesellschaft geduldet zu werden, die anderen können sich aus dem Fenster stürzen. Dabei war ich bisher der Meinung, dass der Gesellschaftsvertrag dahingehend lautet, dass Menschen egal ob selbst verschuldet oder durch Umstände in Armut geraten, ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz haben. Neu sind es nicht mehr die Umstände die arm machen, sondern es ist das eigene Verschulden, die Nichtanpassung, die Armut schafft. Somit ist jeder der arm ist selber schuld?

Wie war jetzt das nochmals mit der Arbeit für Alle? Real ist doch, dass es gar nicht genug bezahlte Arbeitsplätze hat. Warum also ums verrode künstliche Arbeitsplätze schaffen, anstatt bereits vorhandene - bis anhin in Gratisarbeit verrichtete - Jobs angemessen zu honorieren. Kinder grossziehen, Haushalt führen, ältere Menschen pflegen, anderen helfen und so weiter. Aber auch die Kreativität könnte gefördert und bezahlt werden. Ideen die das Zusammenleben angenehmer gestalten. Warum müssen Betonwände immer grau sein? Wenn Menschen Zeit hätten sich auszutauschen - statt in der Sozialhilfe-Bürokratie zugrunde gerichtet zu werden - dann könnten Projekte entstehen die automatisch Arbeit nach sich ziehen und Geld würde zirkulieren, und, und und.

Aber nein. Arbeit ist nur das was auf einem Papier der Fürsorge als Arbeit definiert wird. Also meist stupide, grobe Arbeit während vorgegebenen Zeiten, zu miesen Löhnen und unter ständiger Kontrolle. Da kann ja nichts Lebendiges entstehen. Die so zur Arbeit gezwungen verdienen weiterhin zu wenig, um am sozialen Leben teilnehmen zu können. Sie sind am Feierabend zu erschöpft. Das Hirn, die Kreativität, die Freude, die Selbständigkeit wurde während fünf Tagen effektiv unterdrückt. Da reicht ein Wochenende nicht mehr aus, um sich zu regenerieren, um sich selber zu spüren und zu finden.

Ein Existenzminimum sollte wohl dazu dienen, dass ein Mensch nicht dem täglichen Geldbeschaffungsstress ausgesetzt ist, dass Existenzangst nicht das Leben auffrisst. Jetzt wird's schlimmer. Zur Existenzangst kommt die Angst nicht angepasst, nicht genormt genug zu sein, um eine zugewiesene Arbeit verrichten zu können. Völlig verdrängt wird dabei, dass ein Leben auch ausserhalb der Lohnarbeit lebenswert ist. Es gibt viele Leute die arbeiten den ganzen Tag, verdienen dabei aber kein Geld. Ich kenne einen Familienvater, knapp vierzig, der wegen seiner Depressio-

nen nicht in der Lage ist einer geregelten Arbeit nachzugehen. Sein Garten und das von den Schwiegereltern geerbte Haus an dem er ständig bastelt, repariert und baut, sind jedoch s'Zäni. Davon kann er aber finanziell gesehen, nicht existieren. Oder einen Musiker, der komponiert, mehrere Instrumente spielt, aber von dieser Arbeit nicht leben kann. Warum so einen kreativen Menschen in einen Billiglohnjob zwingen, statt ihm Sozialgeld auszubehalten? Warum soll einem Kunstsinnigen, ansonsten aber nicht belastbaren Menschen, eine Fließbandarbeit aufgezwungen werden, anstatt ihm Raum und Zeit zu lassen die Schönheit fürs Auge in eine Form zu bringen? Hätte er ein menschenwürdiges Existenzminimum, könnte vielleicht ein nichtkommerzieller Kunsttreff entstehen.

Lohnarbeit ist nicht das Non-Plus-Ultra. Das Leben besteht aus mehr als nur aus Lohnarbeit, Fernseh schauen und Hirn ausschalten. Wer arbeiten will und kann, soll dies dürfen, aber nicht müssen. Dass sich ein Mensch nicht zur Zwangsarbeit verpflichten lassen will, muss respektiert werden. Daraus darf niemandem ein Strick gedreht werden.

Sozialneid und einseitiges Denken wird geschürt, weil sich damit ein Ziel besser erreichen lässt. Nämlich quasi hinten herum subventionierte Betriebe konkurrenzfähig zu machen, also gewinnbringend im Markt zu positionieren. Das Sozialamt zahlt einen Teil des Lohns und der Betrieb einen Teil. Ein gutes Geschäft. Denn weil es „Nicht-voll-leistungsfähige-ArbeiterInnen“ sind, erhalten sie weniger Lohn, also 15.-/Stunde statt 30.-. Davon zahlt der Arbeitgeber wiederum nur die Hälfte, dafür wird ein wenig Sozialtünche über den Betrieb gepappt, das Produkt aber zu marktüblichen Preisen unter die Leute gebracht. Der so geführte Putzbetrieb, das Zügelunternehmen, die Wäscherei, Gastrobetrieb, etc. kann nun seine Arbeit unter Tarif anbieten. Denn es ist ja ein sozialer Betrieb. Meist wird ein Auftrag an eine Firma vergeben die günstig ist. Eine Kleinfirma die reguläre Löhne zahlt, kann so nicht überleben und macht in der Konsequenz den Laden dicht oder kürzt die Löhne. Produziert also ebenfalls „Working poor“, denen das Sozialamt die Differenz zum Existenzminimum bezahlt. Oder stellt gleich Leute ein die bereits durch das Sozialamt gezwungen werden zu Niedriglöhnen zu arbeiten. Für diejenigen die in regulär bezahlten Jobs sind hängt das Fallbeil gut sichtbar. Belastbarkeit und Flexibilität sind zwingend, eine Kündigung bedeutet das AUS. Und warum nicht einem zu teuren Arbeitnehmer kündigen und anschliessend eine vom Sozialamt auf die Arbeitswelt fitgemachte Person zu einem Niedriglohn einstellen? Wenn Eingliederung statt Rente/Sozialhilfe das Motto ist, steigt die Erpressbarkeit auf allen Seiten.

Profitieren tun letztendlich wieder dieselben die bereits jetzt absahnen.

Das sind die Schmarotzer, die Asozialen.

